



125/2012

Kiel, 21. November 2012

Fiskalpakt: Landtagspräsident fürchtet um Budgethoheit der Bundesländer

Kiel/Berlin (SHL) – Wenn der Europäische Fiskalpakt in wenigen Wochen in Kraft tritt, könnten die Bundesländer wie Schleswig-Holstein die Macht über ihre Haushalte verlieren. Diese Befürchtung äußerte Landtagspräsident Klaus Schlie heute (21. November) bei seinem Antrittsbesuch bei Bundestagspräsident Norbert Lammert in Berlin.

Das Problem, so Klaus Schlie, liege darin, dass der am 2. März von 25 Staaten unterzeichnete „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ (SKS-Vertrag) Deutschland nur als Gesamtstaat betrachte und die zulässige Höhe seiner Verschuldung diktiere. Der Landtagspräsident sieht die Gefahr, dass der Bund deshalb künftig in die Einzelhaushalte der 16 deutschen Bundesländer eingreifen könnte, um dem Gesamtsparziel Deutschlands gerecht zu werden. „Es ist wichtig, dass die Länderparlamente damit nicht durch die Hintertür ihre Budgethoheit verlieren, ihr ureigenstes demokratisches Recht“, sagte Klaus Schlie im Gespräch mit Bundestagspräsident Lammert.

Es sei noch nicht geklärt, bemängelte Klaus Schlie, ob und wie die Bundesländer bei der anstehenden Reform der Finanzverfassung vertreten sein werden. Der Landtagspräsident fordert, dass die Vertreter der Landesparlamente neben dem Rede- und Antragsrecht auch eigene Stimmrechte haben. Nur so könnten sie ihrem demokratischen Auftrag gerecht werden, sagte Schlie.

Die Budgethoheit der Parlamente ist eines der ältesten demokratischen Rechte in Deutschland und hat seinen Ursprung im mittelalterlichen Steuerbewilligungsrecht der Stände. Die Vorläufer der heutigen Parlamente hatten sich das Recht erkämpft, dass die Fürsten Steuern und Abgaben nur mit ihrer Zustimmung erheben konnten.

Neben Gesprächen mit Bundestagspräsident Norbert Lammert und dem Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, Ralf Wieland, standen gestern und heute (20. und 21. November) in Berlin auch Besuche der Schleswig-Holsteinischen Landesvertretung und der Gedenkstätte Hohenschönhausen, dem ehemaligen zentralen Untersuchungsgefängnis der DDR-Staatssicherheit, auf dem Programm.